

Was könnte die nicht-ausbildenden Betriebe in den neuen Ländern zur Ausbildung motivieren?

Ulrich Degen

Aus dem laufenden Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung über die „Berufsausbildung im Übergang. Ausbildungsgestaltung in den Ausbildungsstätten der neuen Bundesländer“ liegen erste Ergebnisse vor.¹

Sie geben Auskunft darüber, weshalb Betriebe in den neuen Ländern keine eigene Ausbildung betreiben, wie diese ihre Fachkräfte rekrutieren und welche Maßnahmen geeignet sein könnten, diese Betriebe zu einer Ausbildung zu motivieren.²

Wenn es bis Herbst diesen Jahres gelingt, eine größere Anzahl dieser Betriebe für eine Ausbildung zu gewinnen, kann damit ein Beitrag zur Entspannung der schwierigen Ausbildungsstellensituation geleistet werden.

Betriebstyp: Betriebsentwicklung und Wirtschaftslage

Nach Urteil der befragten Betriebsinhaber ist mehr als die Hälfte der Betriebe und Unternehmen (49) auf modernem Stand, ein Viertel (22) modernisiert derzeit, gut ein Fünftel (16) der Betriebe bezeichnet die Einrichtungen und Anlagen als veraltet. Jeder zweite Betrieb wurde noch vor der Wende gegründet; knapp ein Drittel (31) der Firmengründungen datiert aus den Jahren 1989/90; 16 Betriebe sind jüngeren Datums. Fast ein Drittel (31) der untersuchten Firmen gab es vor der Wende noch nicht; gleich viele haben auch schon vorher als Privatbetriebe bestanden; und an drei Betrieben war der Staat beteiligt. Elf der nichtausbildenden Betriebe sind Teil eines größeren Unternehmens.

Knapp die Hälfte (44) der Betriebe bezeichnet die wirtschaftliche Situation als „ganz gut“ und fast ein Zehntel sogar „hervorragend“. Ein gutes Drittel sieht noch Probleme und schätzt die Lage als „mäßig“ und „schlecht“ ein (23). Etwa jeder zweite Betrieb, der die gegenwärtige Wirtschaftslage als weniger gut einschätzt, leidet vor allem unter einer zu hohen Kostenbelastung.

Die Gründe für wirtschaftliche Schwierigkeiten sind meist vielschichtig. Sie reichen von zu hohen Personalkosten, steuerlichen Belastungen über mangelndes Know-how in der Betriebsführung bis zu baurechtlichen Auflagen und fehlenden infrastrukturellen Anbindungen. Schlechte Auftragslage, ungelöste Grundstücksprobleme und starke Westkonkurrenz kommen hinzu.

Dennoch schätzen fast zwei Drittel der Betriebe ihre weitere Perspektive als positiv ein.

Personalrekrutierung: Fachkräftebeschaffung ohne Erstausbildung?

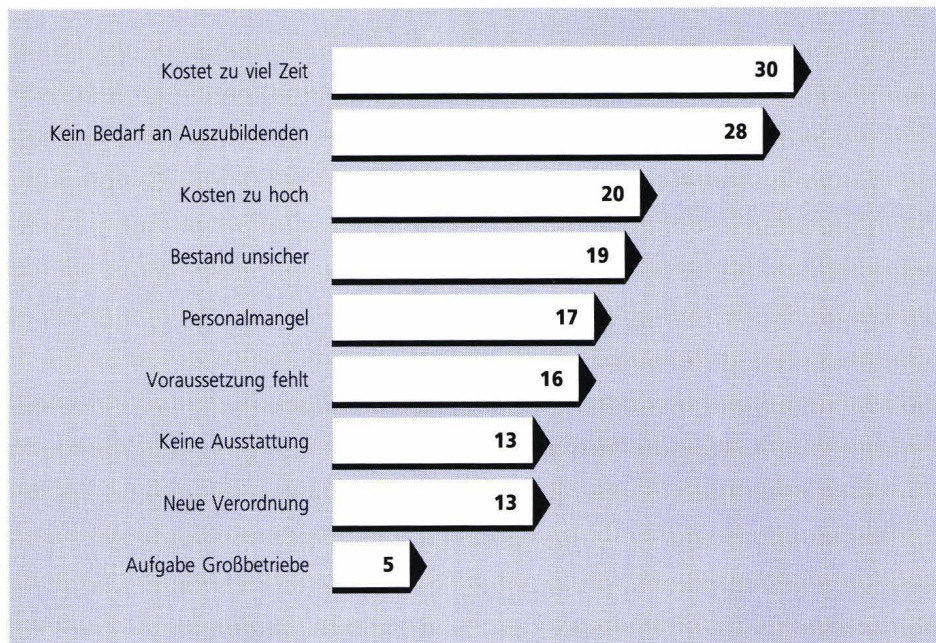
Über einen Mangel an geeignetem Personal klagt ein Viertel der Unternehmen. Ausbildungs- und Wissensdefizite der Belegschaften

werden nur in geringem Umfang als Gründe für die schlechte Situation angeführt. Mehr als die Hälfte der Firmen hatte auch während der letzten fünf Jahre DDR keine Lehrlinge ausgebildet; ein gutes Drittel hatte dies auch schon zu DDR-Zeiten getan. Soweit die Betriebe Personal suchen, decken sie ihren Mitarbeiterbedarf zu je einem Drittel über den Arbeitsmarkt bzw. durch interne Weiterbildung. Von der Förderung betrieblicher Umschulungs- und/oder Fortbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Qualifikationsstruktur nach dem Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) macht nur knapp jeder zehnte Betrieb Gebrauch.

Unter diesen Betrieben sucht nur jeder dritte qualifizierte Arbeitskräfte; mehr als die Hälfte tut dies nicht. Ein Drittel der Firmen gibt an, nicht genügend qualifizierte Bewerber bekommen zu können. Zur eigenen Ausbildung veranlaßt sie dieser Umstand aber zur Zeit nicht; ein Viertel der Betriebe, die gegenwärtig nicht ausbilden, plant, in den kommenden Jahren auszubilden.

Zu den wichtigsten Gründen, derzeit nicht auszubilden zählen, daß die Ausbildung zu viel Zeit koste und man keinen Auszubildenden benötige. Außerdem seien die Ausbildungskosten zu hoch. Dann spielt eine Rolle, daß bei manchen Betrieben fraglich ist, ob sie in zwei oder drei Jahren überhaupt noch existieren. Bei nicht wenigen Betrieben fehlt es an geeignetem Ausbildungspersonal oder es fehlt auch die dazu notwendige Ausstattung. Die Umstellung auf die Anforderungen der für die Betriebe „neuen“ Ausbildungsordnungen und eine entsprechende Einarbeitung überfordern die Betriebe. Schließlich wird ein auch in den alten Bundesländern nicht unbekanntes marktgängiges „Kompensationsargument“ angeführt, daß Ausbildung die Aufgabe größerer und leistungsfähiger Betriebe sei. Es scheint, daß trotz aller Klagen über die Belastungen einer Ausbildung bei den nicht ausbildenden Betrieben insofern ein Anpassungs- und Lernprozeß statt-

Abbildung: **Gründe, warum man nicht ausbildet** (Anzahl der Betriebe; Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: BIBB 1993; Berufsausbildung im Übergang

gefunden hat, da man sich systembekannter Überwälzungsstrategien bei den Ausbildungskosten bedient.

Ausbildungsbeteiligung: Welche Fördermöglichkeiten könnten helfen?

Jeder zweite Betrieb könnte sich vorstellen, daß er bei staatlicher Förderung eine Ausbildung (wieder) aufnähme. Im Prinzip betonen alle Betriebe, daß die Förderung für sie nicht der ausschlaggebende Grund für oder gegen eine Ausbildung sei; dennoch würde eine direkte finanzielle Zuwendung ihren (Wieder-)Einstieg in eine Ausbildung fördern. Daß die meisten Betriebe gut über Landes-, Bundes- und andere Fördermöglichkeiten Bescheid wissen, steht dazu nicht im Widerspruch. Der Informationsgrad hängt sicher auch mit der aktiven Informationspolitik aller an der Berufsausbildung beteiligten Stellen in den neuen Bundesländern zusammen. Daß sich übrigens nahezu alle Betriebe nicht in der Lage sehen, die finanziellen Aufwendungen, die für die Ausbildung eines Auszu-

bildenden aufzuwenden sind, zu beziffern, mag zeigen, daß man sich in kaum einem dieser Betriebe ernsthaft Gedanken über die Ausbildung gemacht hat.

Nach den Bedingungen gefragt, was dazu beitragen könnte, daß ein Betrieb in Zukunft (wieder) eine Ausbildung aufnehmen würde, wurde an vorderster Stelle der Bedarf an Ausbildungsunterlagen, an denen man sich für den Einstieg orientieren kann, genannt. Von der direkten und persönlichen Beratung durch die zuständigen Stellen verspricht man sich eine fast ebenso wichtige Hilfe. Neben der direkten finanziellen Unterstützung scheint die gegenseitige Unterstützung im Ausbildungsverbund eine weitere wichtige Möglichkeit zum Ausbildungseinstieg zu sein (Ausbildungsringe; Ausbildungsverbünde; Unterstützung durch Westbetriebe). Vielen Betrieben könnte offenbar durch praktische Ausbildungshinweise der Einstieg erleichtert werden.

Aus den angeführten Argumenten gegen eine derzeitige Ausbildung spricht weniger stark das ökonomische als ein gesellschaftspoliti-

sches Argument: durch gemeinsames Anpacken der Ausbildung mit anderen Betrieben bei gleichzeitiger Beratung und Hilfeleistung durch Kammern und teilweise erfahrene Westbetriebe sucht man einen Rückhalt in einer schwierigen Umbruchsituation.

Schluß: Betriebs„typen“ nach Ausbildungsbereitschaft

Die uns vorliegenden Informationen erlauben mit entsprechenden empirischen Vorbehalten folgende Charakterisierung der nicht ausbildenden Betriebe:

1. Ohne konkrete Gründe und ohne rationale Argumente und auch unabhängig davon, ob ihre wirtschaftliche Lage gut oder schlecht ist, erwägt eine Gruppe von Betrieben weder jetzt noch in Zukunft eine Ausbildung. Ausbildung ist lästig.
2. Die zweite Gruppe von Betrieben müßte durch direkte, individuelle und persönliche Ansprache davon überzeugt werden, daß sie mit Ausbildung in ihrem eigenen auch langfristig wirtschaftlichen Interesse handelt. Wenn man ihnen vorrechnen würde, daß Ausbildung keinen Geldverlust, sondern langfristig — ein Gewinn bedeutet — von den personalpolitischen Vorteilen wie Betriebsbindung, betriebsnahe fachliche Qualifikation etc. abgesehen —, dann könnte man diese Betriebe zum Ausbildungseinstieg motivieren. Der Hinweis auf mögliche Fördersätze beim Einstieg in eine Erstausbildung könnte die Motivation erhöhen.
3. Bei einer weiteren Gruppe von Betrieben bedürfte es einer sehr gezielten Hilfe in Form von Bereitstellung von Ausbildungsunterlagen und -mitteln, Beratung des eigentlich vorhandenen und ausbildungsfähigen Personals und Hilfe bei der Überwindung von bürokratischen Hemmnissen. Diese Betriebe sind unsicher; sie fürchten, mit der Ausbildung nicht fertig zu werden,

sind aber grundsätzlich zu einer Ausbildung bereit, wenn man ihnen Unterstützung zusichert.

4. Eine letzte Gruppe von Betrieben hat z. Z. vordringlichere Probleme und ist hauptsächlich mit der Klärung wirtschaftlicher, rechtlicher und gesellschaftlicher Probleme befaßt. Erst nach deren Klärung wird die Chance bestehen, daß sie sich bewußt mit der Frage der Ausbildung befassen.

Die bislang nichtausbildenden Betriebe halten für eine Ausbildungsaufnahme die persönliche Beratung und Unterstützung sowie Hilfen durch geeignete didaktische und curriculare Materialien, Erläuterungen und Ausbildungsmittel für offenbar wichtiger als „rein“ finanzielle Hilfen.

Mit solchen unterstützenden Maßnahmen und flankierenden Hilfestellungen sind die Betriebe des Typs 2. und 3. zum Einstieg in die Ausbildung zu motivieren.

Auf diese Gruppe von Betrieben zielen die 1993 begonnenen Werbe- und Überzeugungskampagnen der Bundesanstalt für Arbeit, der Bundesregierung und der Spitzenorganisationen der Wirtschaft.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Degen, U. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Liermann, H.: *Berufsausbildung im Übergang. Ausbildungsgestaltung in den neuen Bundesländern*. In: *Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 18*, Berlin — Bonn 1993

² Die Aussagen über nichtausbildende Betriebe basieren auf Gesprächen mit 27 Handwerksbetrieben, 23 Einzel- und Großhandelsbetrieben, zehn Industriebetrieben unterschiedlicher Größe sowie mit 26 Praxen und Einrichtungen Freier Berufe und drei landwirtschaftlichen Betrieben. Die vorliegenden Daten erlauben der methodischen Anlage nach keine Prozentangaben; deshalb werden in den Grafiken absolute Zahlen verwandt. Die durch die Fallstudien abgefragten Daten dienen im übrigen als Ausgangsbasis für die geplante Repräsentativuntersuchung. In dem Forschungsprojekt wird im Herbst 1993 eine weitere — repräsentativ angelegte schriftlich-postalische — Befragung zur Ergänzung und Erhärtung der Befunde aus den durchgeführten Fallstudien durchgeführt.

Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 1993 in den neuen Bundesländern

Laszlo Alex

Seit Mitte der siebziger Jahre untersucht das Bundesinstitut für Berufsbildung die weiterführenden Bildungsabsichten der Schulabgänger. Über die Ergebnisse dieser Untersuchungen informieren die jährlichen Berufsbildungsberichte. Seit 1991 liegen vergleichbare Daten auch aus den neuen Ländern vor. In der vorhergehenden Ausgabe dieser Zeitschrift¹ wurde erstmals über die Ergebnisse einer im Oktober 1992 durchgeführten repräsentativen Befragung von Schülern in den Klassen neun, zehn, zwölf und in den berufsbildenden Schulen berichtet.

Die gleiche Schülerpopulation wurde in einer Totalerhebung von der Bundesanstalt für Arbeit Ende April/Anfang Mai erneut befragt. Damit ist es möglich, die Veränderung der Bildungsabsichten innerhalb eines Schuljahres zu erfassen und die voraussichtliche Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsstellen aufgrund des kurz bevorstehenden Schulentlassungstermins genauer festzustellen. Außerdem liegen dadurch zum erstenmal genaue Angaben über die Zahl der voraussichtlichen Schulabgänger in Ostdeutschland vor. Rund eine viertel Million Schüler werden in 1993 die Schule verlassen. Die Hälfte von ihnen beabsichtigt, eine weiterführende Schule zu besuchen. Der Anteil der Schüler, die eine Lehre beginnen wollen, ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. **Von den Schulabgängern 1993 wollen 50 Prozent (47 Prozent) in eine Schule/Hochschule gehen, 43 Prozent (47 Prozent) eine Lehre beginnen** (in Klammern die Zahlen für 1992).

Trotz des anteilmäßigen Rückgangs ist die Zahl der Schulabgänger, die eine Lehre anstreben, im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent oder rund 13 000 auf 105 000 gestiegen. Dieser Anstieg ist zum Teil auf die vollständige Erfassung der Schulabgänger in diesem Jahr zurückzuführen, zum größeren Teil aber auf die im Vergleich zum Vorjahr wachsenden Schulabgängerzahlen. Darauf weisen auch die Bewerberzahlen bei der Bundesanstalt für Arbeit hin. Bis Ende April 1993 ist die Zahl der Bewerber für Ausbildungsstellen bei den Arbeitsämtern um acht Prozent oder 9 000 auf 118 000 gestiegen. Beide Ergebnisse bestätigen, daß die Größenordnung der vorausgeschätzten Nachfrage für 1993 nach Ausbildungsstellen ohne Ausbildungspendler im Berufsbildungsbericht 1993 mit rund 110 000 (1992: 93 000) eine hohe Wahrscheinlichkeit hat.

Der Hauptgrund für den anteilmäßigen Rückgang der Ausbildungsstellennachfrage liegt nach wie vor in der ungünstigen Ausbildungsstellensituation in Ostdeutschland. Denn trotz der wachsenden Schulabgängerzahlen hat sich die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen nicht geändert. Die Zahl der bis Ende April 1993 den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen betrug 62 937 Stellen und damit 18 (!) Stellen mehr als im Vorjahr.

Deutlich erkennbar ist die Auswirkung der Ausbildungsstellenknappheit auf die Ausbildungsneigung der Schulabgänger in den 10. Klassen. Diese Gruppe bildet das Hauptpotential für die Lehrstellenbewerber, und gerade diese Gruppe hat die Absicht, eine Lehre aufzunehmen, nach unten revidiert, während bei den anderen Gruppen nur geringfügige Veränderungen der Ausbildungsneigung festzustellen sind.

Verglichen mit den Ergebnissen vom Oktober des Vorjahres ist die Zurücknahme der Absichten für eine Lehre noch gravierender (von 66 Prozent im Oktober auf 62 Prozent